

Interkulturalität als Standortfaktor

Ambivalenzen einer (inter-)kulturinstrumentalisierenden Stadtpolitik

SIMON GÜNTNER

Die Idee der ›Kulturhauptstadt Europas‹ entstand in den frühen 1980er Jahren – zu einer Zeit, als sich Europa in einem Strukturwandel befand, von dem die großen Städte in besonderer Weise betroffen waren. Die Deindustrialisierung führte zum Niedergang bisheriger Schlüsselökonomien, zu Massenarbeitslosigkeit und neuer Armut. Die Städte – konkreter: ihre Regierungen und Verwaltungen – sahen sich mit der Aufgabe konfrontiert, angesichts der weggebrochenen wirtschaftlichen Basis neue Wege zu gehen. Mit Blick auf die Dienstleistungsgesellschaft als Hoffnungsträgerin wurde ›Kultur‹ bald als Standortfaktor erkannt und bekam eine zentrale Rolle in den Stadtumbaustراتيجien zugewiesen. Auf die Indienstnahme der ›Kultur‹ folgte in den vergangenen Jahren zunehmend auch die ›Interkulturalität‹, die Selbstdarstellung als für Investitionen, Tourismus und neue Arbeitskräfte ›offene‹ Stadt. Diese Inszenierung argumentiert jedoch mit Thesen und Annahmen, die die strukturellen Zusammenhänge urbaner Probleme ausblenden oder nur streifen.

Der folgende Beitrag zeichnet diese Zusammenhänge nach. Dazu werden in einem ersten Schritt aus einer stadtsoziologischen Perspektive der Begriff der ›Urbanität‹ eingeführt und die Bedingungen für ein friedliches Zusammenleben vielfältiger Kulturen und soziale Integration in der Großstadt diskutiert. In den Städten (West-)Europas, so der zweite Schritt der Argumentation, wurde diese Integration durch wohlfahrtsstaatliche Arrangements gewährleistet, die jedoch mit dem wirtschaftlichen Strukturwandel in eine Finanzierungs- und auch Legitimierungskrise gerieten. Die seit den 1980er Jahren verfolgten sozial- und stadtpolitischen Reformen unterminieren jedoch diese Grundlagen, was eine weitere Verschärfung der sozialräumlichen Segregation in den Städten mit sich bringt.

In den Stadterneuerungs- und Umbaumaßnahmen, mit denen die Stadtverwaltungen auf diese Herausforderungen reagieren, spielt zunehmend auch Kultur eine wichtige Rolle, und zwar als Standort- und Marketingfaktor, um einzelne Gebiete oder auch ganze Städte für dienstleistungsorientierte Ansiedlungen attraktiv zu machen. Zu diesem Zweck nutzen die Stadtverwaltungen Gelegenheiten wie die Kulturhauptstadtkampagne und ähnliche Initiativen. Auf eine Welle der kulturorientierten Stadterneuerung folgten dabei in jüngerer Zeit auch eine Reihe von Projekten und Strategien, die die Vielfalt an Bevölkerungsgruppen in einer Stadt als Imagefaktor entdecken, mit Begriffen wie ›Interkulturalität‹ und ›Diversity‹ *labeln* und entsprechend vermarkten.

Die Darstellung dieser Entwicklung mündet in die These, dass die Instrumentalisierung von ›Kultur‹ und ›Interkultur‹ für eine unternehmerische Stadtpolitik mit inhaltlichen Engführungen einhergeht. Eine auf die Förderung von Interkulturalität zielende Politik hingegen müsste die oftmals simplifizierenden Annahmen dieser Strategien überwinden.

1. Urbanität. Bedingungen des Zusammenlebens in der Großstadt

Unter den vielen Versuchen, das Wesen einer Großstadt zu fassen, lassen sich zwei Ansätze nennen, die bis heute als zentrale Bezugspunkte der Stadtsoziologie gelten. Zum einen sind dies die Überlegungen des Philosophen und Soziologen Georg Simmel, der um 1900 unter dem Eindruck Berlins Urbanität als eine Geisteshaltung beschrieb. Mit Begriffen wie »Blasiertheit« und »Reserviertheit« schilderte er, wie der Großstädter (Simmel hatte tatsächlich in erster Linie den Mann im Blick) sich gegen die Zumutungen der urbanen Reizüberflutung zur Wehr setzte. Seine »Verstandesmäßigkeit« diene ihm »als Präservativ des subjektiven Lebens gegen die Vergewaltigungen der Großstadt« (Simmel 2006: 11). In Simmels Großstadt ist, so fasst der Stadtsoziologe Häußermann die Argumentation zusammen, »Distanz [...] Voraussetzung des Zusammenlebens«, es geht um »Leben und leben lassen« (Häußermann 1994: 92).

Inspiriert von Simmels Überlegungen beschäftigte sich einer seiner Schüler, Robert Ezra Park, mit der räumlichen Organisation von Großstädten, am Beispiel von Chicago. Der heute als Mitbegründer der sogenannten Chicagoer Schule geltende Soziologe untersuchte, wie und wo sich die Zuwanderer in der Stadt niederließen, und identifizierte die *Community* als »typische Vergesellschaftungsform in der modernen Gesellschaft« (Häußermann 1994: 93): Auf der Suche nach »Stallwärme« finden sie sich in »warmen Nestern« zusammen. Seine Großstadt ist ein »Mosaik von kleinen Welten, die sich berühren, aber nicht durchdringen« (Park 1992: 40). Die räumliche Segregation dieser *Com-*

munities ist für Park »Voraussetzung für die soziale Integration in der Großstadt« (Häußermann 1994: 94).

Sowohl die »Stadt der Kälte« bei Simmel als auch Parks »Stadt der warmen Nester« markieren den Charakter der modernen Großstadt im Kontrast zur mechanischen Solidarität traditionaler Gesellschaften (vgl. ebd.). Bedeutsam ist nun, und dies stellt Häußermann in seiner Auseinandersetzung mit den beiden Theorien in aller Klarheit heraus, dass diese individualisierte Gesellschaft höchst voraussetzungsreich ist: »[E]rst die materielle Unabhängigkeit erlaubt es dem Individuum, sich von moralischen Ansprüchen anderer frei zu machen«. Die Einbindung in die Arbeits- und Wohnungsmärkte in einer ökonomisch wachsenden Stadt muss gegeben sein: »Urbanität ist geregelte soziale Gleichgültigkeit zwischen einander Fremden auf der Basis einer gesicherten systemischen Integration«. Denn: »kein soziales System kann auf Dauer nur durch die Attitüde des gegenseitigen Wegsehens, des Abschirmens und der Indifferenz zusammengehalten werden« (ebd.).

In der westeuropäischen Stadt im 20. Jahrhundert wurde diese Integrationsleistung in erster Linie durch einen auf Dekommodifizierung ausgerichteten Wohlfahrtsstaat erzielt, der die Einschränkung der Marktabhängigkeit der Arbeiter/-innen zum Ziel hatte und dabei oftmals auch eine soziale Wohnungspolitik umfasste. Stadtpolitik trug dabei phasenweise Züge einer »Simultanpolitik«, die zugleich Wachstum befördern und deren sozialen Nebenfolgen abmildern sollte (Häußermann/Läpple/Siebel 2008: 91, unter Verweis auf Offe 1972).

Auch im »goldenen Zeitalter des Wohlfahrtsstaates« (Flora 1986: XXII) war die Integrationsleistung der Städte jedoch lückenhaft. Bestimmte Zuwanderergruppen, insbesondere Flüchtlinge, aber auch etwa die »Gastarbeiter« in Westdeutschland und verschiedene ethnische Minderheiten (am dramatischsten in vielen Städten sicherlich die Sinti und Roma) wurden – über Marktmechanismen, aber durchaus auch mittels verwaltungstechnischer Steuerung und Belegungspolitik – in abseitige Lagen, Baracken und temporäre Unterkünfte verwiesen (vgl. Hess/Mechler 1973). Andererseits drängten die aufstrebenden Mittelschichten in die grünen, mit dem Auto nun erreichbaren Vororte; auch die Verlockungen der staatlichen Eigentumsförderung leisteten ihren Beitrag zu Suburbanisierung und Stadtfucht.

1.1 Krisenerscheinungen der europäischen Stadt

Das Modell der über Wachstum, Arbeitsteilung und Umverteilung gesicherten Integration in der europäischen Stadt kam mit den (Neben-)Effekten der wohlfahrtsstaatlichen Steuerung an seine Grenzen und geriet in der Folge sogar, verschärft durch das Wegbrechen seiner industriellen Basis und seiner ökonomischen Voraussetzungen, in eine regelrechte Krise. In den 1980er Jahren

mehrten sich, zunächst in den industriellen Ballungsräumen Großbritanniens, Frankreichs und Westdeutschlands, aber zunehmend auch in anderen Regionen die Anzeichen einer sozialen und räumlichen Spaltung der Städte (vgl. u.a. Häußermann/Siebel 1987; Marcuse 1989; Dangschat 1995). Der Deutsche Städtetag wies erstmals schon 1979 auf »soziale Brennpunkte« hin. Die Kommunen reagierten auf die neuen Rahmenbedingungen mit einer unternehmerischen, wettbewerbsorientierten Politik der Deregulierung und Privatisierung (beispielhaft das vom damaligen Ersten Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg Klaus von Dohnanyi ausgerufene »Unternehmen Hamburg«, vgl. Dohnanyi 1983). Nach der Rezession 1992/93 gingen die Bürgermeister der westdeutschen Großstädte mit dem Manifest *Rettet unsere Städte jetzt!* an die Öffentlichkeit.¹ Dort zeichnen sie ein alarmierendes Bild:

Unsere großen Städte sind in Gefahr: In ihnen konzentrieren sich zuallererst die Mißstände unserer Gesellschaft. Schon heute sind Großstädte Brennpunkte sozialer Konflikte. Die Stadtgesellschaft driftet auseinander [...]. Wir brauchen eine Gemeinsinn stiftende Politik und eine Lebensumwelt, die das Gefühl von Heimat und Geborgenheit vermitteln [...]. (Kronawitter u.a. 1994: 7ff.)

Als Ursachen für die katastrophale Lage werden dabei just jene Faktoren herangezogen, auf die die unternehmerische Stadtpolitik zuvor gesetzt hatte. So nennt Dohnanysis Nachfolger Henning Voscherau dort beispielsweise explizit Deindustrialisierung und Arbeitsplatzabbau, Standortwettbewerb, Steuerpolitik, eigentumsorientierte Wohnungspolitik und sinkende Leistungsniveaus in der Sozialpolitik (vgl. auch Voscherau 1994: 91ff.; Freyberg 1996: 93ff.). In ihrer Verzweiflung zogen die Bürgermeister jedoch eine folgenreiche Konsequenz:

Uns hilft nur eisernes Sparen auf allen Ebenen – Tabus darf es nicht geben [...] In vielen Bereichen müssen wir sogar Maßnahmen ergreifen, von denen wir wissen, daß sie kontraproduktiv sind: Manche Kürzungen im Jugendbereich zum Beispiel können schnell die Erziehungsprobleme verschärfen [...]. Wir wissen auch, daß der Abbau städtischer Dienstleistungen die Ärmsten am stärksten trifft (Kronawitter u.a. 1994: 7ff.).

Die von wegbrechenden Steuereinnahmen ausgelöste Kürzungspolitik fügte sich ein in einen sozial- und strukturpolitischen Paradigmenwechsel, der im ausgehenden 20. Jahrhundert in vielen (west-)europäischen Staaten und auch

1 | Dabei haben die Bürgermeister bewusst das Motto der Vollversammlung des Städtetags 1971 aufgegriffen, wo es um die städtebaulichen Nebenwirkungen des wirtschaftlichen Booms ging (vgl. Sulzer 2006).

in der europäischen Kommission die Reformprozesse dominierte.² Mit dem Ziel der ›Rekommodifizierung‹ ging es nun weniger darum, die Nebenwirkungen ökonomischen Wachstums für die Betroffenen abzufedern (etwa durch Schutzrechte für Arbeiter/-innen), sondern ihre Beschäftigungsfähigkeit durch Aktivierungspolitik (wieder-)herzustellen (vgl. Pierson 2001).

1.2 Revitalisierungspolitik zur Rettung der Städte

In dieser schwierigen Phase der Stadtentwicklung vollzog sich ein Wandel der Stadtpolitik. Mit Leitbildern wie dem ›Unternehmen Stadt‹ und der ›Entrepreneurial City‹ mühten sich Bürgermeister/-innen und Stadtverwaltungen seit den 1980er Jahren, Investitionen anzuwerben und damit Steuereinnahmen und neue Arbeitsplätze zu generieren (vgl. Harvey 1989, Hall/Hubbard 1998). Zur Sanierung der Haushalte wurden städtische Unternehmen privatisiert und neue Kooperationen initiiert, sogenannte *Public-Private-Partnerships*. Begleitet wurde dieser Wandel durch Stadtmarketing, Großprojekte und Großereignisse, um im zunehmend globalen Standortwettbewerb zu bestehen. Über die Imageproduktion sollte die Stadt eine einzigartige, zukunftsorientierte Marke werden, die neue Industrien, insbesondere im Dienstleistungsbereich, aber auch Touristen und jede Form von Investitionen anzieht. Großveranstaltungen wurden dazu genutzt, die (Innen-)Städte umzubauen und ihnen ein neues, für die neuen Dienstleistungsökonomien attraktives, Gesicht zu geben.

Bekannte Beispiele sind die Kulturhauptstadtkampagne der Stadt Glasgow 1990, die Olympischen Sommerspiele in Barcelona 1992, der Bau des Guggenheim-Museums in Bilbao 1997, die Weltausstellungen (Expo) 1998 in Lissabon und 2000 in Hannover sowie die ›Internationale Bauausstellung (IBA) Emscher Park‹ 1989-1999. Im Zuge der ›IBA Emscher Park‹ beispielsweise wurden viele Industrieflächen geöffnet, ökologisch revitalisiert und neuen Nutzungen zugeführt. ›IBA‹-Projekte wie der Landschaftspark Nord in Duisburg, der Gasometer in Oberhausen, die Zeche Zollverein in Essen und die Jahrhunderthalle in Bochum sind inzwischen zu Wahrzeichen des ›neuen Ruhrgebiets‹ geworden; sie bildeten auch jüngst die Kulisse für die Veranstaltungen im Rahmen der ›Kulturhauptstadt Ruhr.2010‹.

Der hier nur holzschnittartig skizzierte Formwandel der Struktur- und Stadtpolitik durch Projekte, Festivals und Partnerschaften ist eine spezifische Ausdrucksform der allgemeinen ›Projektifizierung‹ der spätmodernen Gesellschaft, die seit den Krisenerscheinungen des arbeitsteiligen, fordistischen Pro-

2 | Auf EU-Ebene lässt sich das Jahr 1993 als wichtiger Meilenstein markieren, als die Europäische Kommission das Weißbuch *Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung* veröffentlichte (vgl. Europäische Kommission 1993).

duktions- und Organisationsmodells in der Gestaltung ökonomischer und sozialer Beziehungen an Bedeutung gewinnt (Lundin/Söderholm 1998; vgl. auch Boltanski/Chiapello 2006). Für Menschen (vgl. Sennett 1998), Organisationen (vgl. Castells 1996), aber auch Regionen (vgl. Cooke/Morgan 1997) und Städte (vgl. Florida 2005) gelten zunehmend Wertmaßstäbe wie Flexibilität und Anpassungsfähigkeit, Innovation und Kreativität, um in der globalen Netzwerkökonomie zu bestehen. Den Strategien der Festivalisierung und Imagepolitik ist dabei ein Streben nach Aufmerksamkeit gemein, die als kapitalisierbare Ressource erkannt und zum Bezugspunkt der Aktivitäten gemacht wird (vgl. zur Ökonomie der Aufmerksamkeit: Franck 1998 u. Prisching 2009).

In diesen Trend reihten sich auch die Kulturhauptstadtbewerbungen ein: Die Kulturhauptstadt-Initiative und die mit ihr verbundenen Aufmerksamkeitsversprechungen boten den Stadtverwaltungen eine Gelegenheit, lokale Koalitionen zu initiieren, dort Kräfte zu bündeln, und schließlich entsprechende Investitionen zu legitimieren (vgl. Mooney 2004; Mittag 2008). Die Programme wurden genutzt, um Erneuerungs- und Umbaumaßnahmen zu flankieren und in Szene zu setzen. Von Beginn an wurde diese Entwicklung kritisch kommentiert. Häußermann und Siebel kommentierten schon 1987: »Die Ästhetisierung der Stadt schafft das Elend nicht ab, sondern nur beiseite« (Häußermann/Siebel 1987: 209).

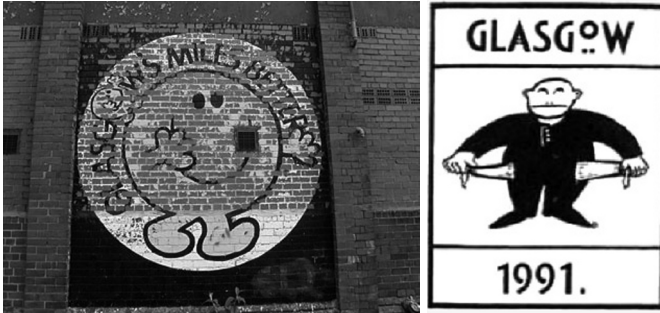
2. Die Kulturhauptstadtinitiative als Standortpolitik

Die Idee der ›Kulturhauptstadt Europas‹ war erstmals von der damaligen griechischen Kulturministerin Melina Mercouri auf einem informellen Minister/-innentreffen am 28. November 1983 in Athen geäußert worden – zu einer Zeit, in der mit der wirtschaftlichen Strukturkrise auch die europäische Integration ins Stocken geraten war. In dieser Situation loteten die Regierungen der Mitgliedstaaten die Möglichkeit aus, der Gestaltung einer gemeinsamen europäischen Identität durch kulturelle und soziale Initiativen neuen Schwung zu verleihen. Athen war dann 1985 die erste sogenannte Kulturstadt, es folgten Florenz, Amsterdam, West-Berlin und Paris (vgl. Mittag 2008).

Eine erste Zäsur vollzog sich 1990, als mit Glasgow nicht nur eine Stadt ausgewählt wurde, die bislang kaum mit europäischer Hochkultur in Verbindung gebracht worden war. Glasgow legte zudem ein ganzjähriges Veranstaltungsprogramm vor und bettete dieses in seine schon Jahre zuvor unter dem Slogan »Glasgow's Miles Better« begonnene Stadtentwicklungskampagne ein. Die Stadt nutzte die Initiative zu einer umfassenden Imagepolitik, die gezielt Kultur als Faktor der Stadtentwicklung thematisierte und damit weit über die

zuvor auf hochkulturelle Events begrenzten Ansätze hinausging. Der »Glasgow Effect« inspirierte sodann eine – wie oben gezeigt: weit über die Kulturhauptstadtinitiative hinausgehende – europaweite Bewegung der Festivalisierung der Stadtentwicklung.³

Abb. 1 und 2: Logo »Glasgow's Miles Better«, daneben: Poster der Worker's City Campaign⁴



2.1 Kultur als Imagefaktor

Seither wurde die Kulturhauptstadtinitiative insbesondere von Städten eingesetzt, um mit diesem Label Imagekampagnen und Restrukturierungsstrategien voranzubringen. Kultur wurde als »strategische Waffe« im Städtewettbewerb (Richards 2000), als »Euphemismus für den Konkurrenzkampf« und als »Ressource [...] um ökonomische Impulse zu setzen«, interpretiert (Prisching 2009: 5). Somit sind diese Strategien weniger als Kulturpolitik zu charakterisieren, sondern eher als *kulturinstrumentalisierende* Standort- und Stadtpolitik – ihr Ziel ist nicht die Förderung von Kultur per se, sondern der Umbau der Stadt. Kritiker/-innen machen diese Standortpolitik jedoch auch für eine Verschärfung der sozialen Ungleichheit in den betroffenen Städten verantwortlich. So betonte etwa Mooney mit Blick auf Glasgow 1990, dass die Stadt nicht in ihrer

3 | Der Begriff »Glasgow Effect« wurde von dem Architekturkritiker Jonathan Glancey verwendet, als er die Kulturhauptstadtbewerbung von Liverpool kommentierte (vgl. Glancey 2003, Erkök 2009). Als Fußnote sei erwähnt, dass in den letzten Jahren in der Stadtforschung ein gänzlich anderer »Glasgow Effect« diskutiert wird, nämlich das Phänomen, dass in dieser Stadt die Lebenserwartung für benachteiligte Bevölkerungsgruppen signifikant geringer ist als in vergleichbaren Städten (vgl. u.a. Walsh u.a. 2010).

4 | Quellen: http://www.hiddenglasgow.com/misc/images/glasgow_smiles_better.jpg [Oktober 2011] und Mooney 2004: 332.

Gesamtheit an dem Event beteiligt war oder von ihm profitierte, sondern nur ein Teil der Bevölkerung:

The type of strategy adopted in Glasgow – »the Glasgow model« – has contributed to the worsening levels of poverty and deprivation and to the deepening inequalities that characterise the City today. It has done this primarily by constructing Glasgow's future – and the future for tens of thousands of Glaswegians – as a low paid, workforce grateful from the breadcrumbs from the tables of the entrepreneurs and investors upon which so much effort is spent in attracting and cosseting – and by marginalising and ruling out any alternative strategy based upon largescale public sector investment in sustainable and socially necessary facilities and services [...]. There appears to have been little effort to secure quality manufacturing employment of a type that might be attractive to many of those out of work and which might offer full-time, sustainable work of a better quality than that on offer in the »cappuccino« economy that is now such a pervasive feature of the city centre. (Mooney 2004: 337).

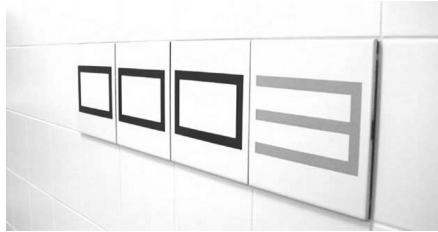
Dieses »Ausblenden« von jenen Gruppen, die vom ökonomischen Strukturwandel besonders negativ betroffen waren, kann auch die Form von Verdrängung annehmen, wenn unerwünschte Bewohner/-innen und ihre Häuser und Wohnungen neuen kaufkräftigen Zielgruppen weichen müssen. In einigen Kulturhauptstädten führten die an die Hauptstadtkampagne gekoppelten Stadterneuerungsmaßnahmen zu solchen Gentrifizierungsprozessen, bekannt sind die Effekte vor allem aus dem Stadtteil Temple Bar in Dublin (vgl. McCarthy 1998). Ähnliches zeigt sich derzeit in Istanbul, einer der beiden »Europäischen Kulturhauptstädte« 2010. Was in offiziellen Präsentationen gepriesen wird als »kunstvolle Restaurierung«, bedeutet in der Praxis den Abriss von ganzen Häuserblocks verbunden mit einer neuen Parzellierung und Architektur (vgl. Colakoglu 2008).⁵ Ein Teil der Stadtgeschichte, in diesem Fall z.B. eine Jahrhundert alte Roma-Siedlung sowie einige jüdische und griechisch-orthodoxe Ecken, müssen einer neuen, pseudo-historisierenden, zugleich frei erfundenen Architektur, die sich aus Versatzstücken islamischer Baustile speist, weichen. Man könnte auch sagen: »Die Kulturhauptstadt fegt aus« (Thumann 2010).

Dieser Befund einer revanchistischen Stadtpolitik kann jedoch nicht verallgemeinert werden. Einige Projekte und Initiativen zielten explizit auch auf soziale Eingliederung. Beispielhaft sei hier auf »Graz 2003« hingewiesen, wo sich nicht nur ein Projekt der »Kultur der Menschenrechte« widmete, sondern auch in mehreren hundert Substandardwohnungen Nasszellen (mit dem

5 | Eine offizielle Präsentation von Istanbul 2010 beschreibt dies wie folgt: »Some historical districts of Istanbul such as Fener and Balat (the old jewish and greek orthodox quarters) are skilfully being restored«; und: »Some run down neighbourhoods by the old city walls are being cleaned and restored« (vgl. Colakoglu 2008).

Kulturhauptstadt-Logo) eingebaut wurden, gemäß dem Leitbild »Eine Kulturhauptstadt kann sich keine Substandardwohnungen leisten [...] und muss für alle sozialen Schichten spürbar sein!«, so der damalige Wohnungsstadtrat Kaltenegger.⁶

Abb. 3: Nasszellenkachel Graz 2003⁷



2.2 Die Dehnung des Kulturbegriffs

Mit dem Jahr 2007 führte die Neuorganisation der Finanzierung und Bewerbungsmodalitäten zu einer Zäsur in der Kulturhauptstadtinitiative. Die ›europäische Dimension‹ sollte gestärkt werden, die zuvor deutlich hinter die Marketinginteressen der ausrichtenden Städte zurückgefallen war (vgl. Mittag 2008: 28). Dazu zählte explizit auch die Förderung des interkulturellen Dialogs als Programmbestandteil (vgl. Europäische Kommission 2009: 13). Auch müssen sich die Bewerbungen seither in jedem Fall mit dem Zusammenhang von ›Stadt und Bürger‹ befassen, womit gemeint ist, Letztere an den Programmen zu beteiligen und die Events an eine »längerfristige Strategie für die kulturelle und soziale Entwicklung der Stadt« zu binden (ebd.: 3).

Dass diese Zielsetzung von den Bewerberstädten mitgetragen wird, zeigt sich in der *Budapester Erklärung* der deutschen und ungarischen Bewerberinnen für das Hauptstadtjahr 2010: »Europäische Kulturhauptstadt zielt auf lokal getragene, nachhaltige und integrierte Stadtentwicklung als kulturelles Projekt« (*Budapester Erklärung*, zit. n. Schwencke 2005: 38; s. a. Oerters 2008: 109). Welch weitreichende Erwartungen an die Initiative und die teilnehmenden Städte gestellt werden, und welch weitgefasser Begriff von ›Kultur‹ dahintersteht, zeigt die folgende Passage dieser Erklärung:

⁶ | Statement des Wohnungsstadtrats Kaltenegger, dokumentiert auf <http://www.graz03.at> [Oktober 2011].

⁷ | Quelle: www.graz03.at, © Harry Schiffer; vgl. <http://www.graz03.at/servlet/sls/Tornado/web/2003/content/D02F89E239FA0B9AC1256E380052A500> [Oktober 2011].

Künftige Kulturhauptstädte Europas sollten unter Beweis stellen, dass sie die Fähigkeit besitzen, mittels kultureller Instrumentarien Lösungswege für gesellschaftliche Entwicklungsprobleme in Europa zu schaffen, die auch für andere Städte Beispielcharakter besitzen, insbesondere:

- in der intensiven Diskussion der in der Verfassung für Europa vereinbarten Werte und Ziele
- im Umgang mit kulturellen Unterschieden, die jetzt in den Städten viel unmittelbarer aufeinander treffen
- in der Verbindung von Migrationsprozessen mit der Herausbildung einer modernen europäischen Identität,
- im Ausgleich von strukturellen und sozialen Unterschieden,
- in der Auseinandersetzung mit dem neuen Verhältnis von Städten und Regionen
- Schaffung neuer Strukturen des Wirtschaftens und Lebens und neuer Arbeitsplätze in den Städten und Regionen Europas. (Budapester Erklärung, zitiert nach Schwencke 2005: 38)

Auch die Kulturhauptstadtkampagne Ruhr.2010 fügte sich mit ihrem strukturellen Anspruch deutlich in diese Interpretation ein (vgl. beispielhaft Sievers 2009). Die Programmatik stützte sich auf die drei Leitthemen ›Mythos‹, ›Metropole‹ und ›Europa‹ und knüpfte explizit an den mit der ›IBA Emscher Park‹ begonnenen Umbauprozess an. Im Programmteil ›Metropole gestalten‹ ging es beispielsweise darum, die Vision der IBA weiterzuführen:

Das seit der Internationalen Bauausstellung Emscher Park (1989-1999) gewandelte Verständnis, nicht nur naturbelassene, sondern auch von Menschenhand gestaltete Räume als »Landschaft« wahrzunehmen, ist hier bereits verinnerlicht. Die Metropole ist Realität und muss nicht mehr gebaut werden – aber sie muss gestaltet werden. 2010 geht es um die gemeinsame Vision der Metropole Ruhr. Mit den baukulturellen und künstlerischen Arbeiten im Programmbereich »Metropole gestalten« weckt die Kulturhauptstadt Neugierde, indem sie die Bedeutung der Orte verändert, sie neu erfindet oder umwidmet.⁸

Durch das gesamte Programm der Ruhr.2010 zieht sich der Ansatz, das Ruhrgebiet nicht als Kulisse für kulturelle Aktivitäten zu sehen, sondern die Region im Wandel als expliziten Referenzpunkt den künstlerischen Auseinandersetzungen zugrunde zu legen. Das in der Regionalpresse als Höhepunkt des Jahres

8 | Vgl. das Programm zu Ruhr.2010 auf der offiziellen Website der Kampagne: <http://www.essen-fuer-das-ruhrgebiet.ruhr2010.de/programm/metropole-gestalten/die-idee.html> [Oktober 2011].

gefeierte Volksfest ›Still.Leben Ruhrschnellweg‹, bei dem auf einem 60 Kilometer langen Streckenabschnitt der Autobahn A40 etwa drei Millionen Menschen sich und ihre Region feierten und »sich ihrer Wurzeln bewusst« wurden, wie es die Programmgestalter/-innen auf ihrer Website interpretierten, war vielleicht die eigenwilligste Interpretation dieser Idee.⁹ Andere Projekte setzten sich mit den Grenzen und ›Schattenwelten‹ in der Region auseinander, setzten ›starke Orte‹ oder auch Abwasserkanäle (›Über Wasser Gehen‹) in Szene.

Abb. 4: ›Still.Leben Ruhrschnellweg‹



© Matthias Duschner

3. Interkulturalität und Offenheit als Leitbilder der Stadtpolitik

In der Ausweitung des Kulturbegriffs, wie sie etwa in den Programmvorgaben mit den Bestandteilen ›europäische Dimension‹ und ›Stadt und Bürger‹ gefordert wird, ist die Thematisierung von Zuwanderung und alltäglichem Zusammenleben in der Stadt als ›Interkulturalität‹ angelegt, ohne dass diese weiter koncreti-

9 | Zitat aus: <http://www.essen-fuer-das-ruhrgebiet.ruhr2010.de/programm/feste-feiern/die-idee.html> [Oktober 2011].

siert wird. Die Definition des Gehalts dieser ›Interkulturalität‹ wird dann jeweils in einem Projekt, meist einer künstlerischen Auseinandersetzung im Rahmen eines Festivalprogramms, verhandelt. Interkulturalität, so hat Dieter Heimböckel herausgearbeitet, dient durchaus als »Beruhigungsformel« angesichts der Zumutungen und Widersprüche gegenwärtiger kapitalistischer Verwertungsprozesse: Sie bedient sowohl das »Begehren nach kritischer Selbstaufklärung« wie auch das »Umorientierungsbedürfnis einer multikulturell geprägten Gesellschaft« (Heimböckel 2010: 49). Im Kontext von Stadtumbau, Privatisierung von öffentlichem Raum, Sparhaushalten und den entsprechenden Rechtfertigungszwängen ist es naheliegend, dass Veranstaltungen, die Interkulturalität als Element des Strukturwandels inszenieren, auch eingesetzt werden, um der (angesichts prekärer Lebensverhältnisse ›beunruhigten‹) Bevölkerung Integrations- und Partizipationsangebote zu vermitteln (und so auch ›beruhigend‹ zu wirken).

Inspiriert von solchen lokalen Thematisierungsarbeiten im Rahmen der Kulturhauptstadtinitiative und von ähnlichen Kampagnen, wie v. a. den thematischen, von den EU-Institutionen ausgerufenen ›Europäischen Jahren‹, haben die europäischen Großstädte im vergangenen Jahrzehnt eine Vielzahl an Initiativen und Netzwerken ins Leben gerufen, die darauf abzielen, die Städte als offene und kreative Orte zu vermarkten. In zwei dieser Initiativen wird diese Legitimationsfunktion der Interkulturalität besonders deutlich, da sie ihren Verwertungszusammenhang explizieren und zum Gegenstand der Aktivitäten machen. Dies sind die Projektnetzwerke ›Intercultural Cities‹ und ›OpenCities‹, die im Folgenden exemplarisch beschrieben werden.

Anlässlich des ›Europäischen Jahres des Interkulturellen Dialogs 2008‹ entstand das Projekt ›Intercultural Cities‹, das inzwischen zu einem vom Europarat geförderten Netzwerk aus 17 Städten avancierte (vgl. www.coe.int/interculturalcities). Die teilnehmenden Städte formulieren Strategien zur Förderung der Interkulturalität und bewerten diese dann mit einem ›Intercultural Cities Index‹, der sich aus 66 Fragen und 14 Indikatoren zusammensetzt. Interkulturalität wird dort in Abgrenzung von Konzepten der Assimilation einerseits und Multikulturalität andererseits verstanden als ein Ansatz, der ›kulturelle Unterschiede wertschätzt‹ und den Dialog zwischen Kulturen sucht:

Rather than ignoring diversity (as with guest-worker approaches), denying diversity (as with assimilationist approaches), or overemphasising diversity and thereby reinforcing walls between culturally distinct groups (as with multiculturalism), interculturalism is about explicitly recognising the value of diversity while doing everything possible to increase interaction, mixing and hybridisation between cultural communities. Interculturalism is also about addressing issues of cultural conflict or tension (religious customs and requirements, communitarianism, women's rights etc.) openly through public debate, with the involvement of all stakeholders. (Intercultural Cities 2008)

Das hier formulierte Leitbild der ›Interkulturellen Stadt‹ beschreibt eine bunte, aber harmonische, von Vertrauen geprägte Stadtgesellschaft, die auf diese Weise für Bewohner/-innen und Investor/-innen attraktiv wird. Im folgenden Zitat wird dies besonders deutlich:

The intercultural city has a diverse population including people with different nationalities, origins, languages or religions/beliefs. Most citizens regard diversity as a resource, not as a problem, and accept that all cultures change as they encounter each other in the public space. The city officials publicly advocate respect for diversity and a pluralistic city identity. The city actively combats prejudice and discrimination and ensures equal opportunities for all by adapting its governance structures, institutions and services to the needs of a diverse population, without compromising the principles of human rights, democracy and the rule of law. In partnership with business, civil society and public service professionals, the intercultural city develops a range of policies and actions to encourage greater mixing and interaction between diverse groups. The high level of trust and social cohesion help to prevent conflicts and violence, increase policy effectiveness and make the city attractive for people and investors alike. (Wood 2009: 17)

Der Kulturbegriff dieser Initiative ist in verschiedener Hinsicht zu kritisieren. Er beschränkt sich auf die Herkunft von Menschen und betreibt eine Kulturalisierung gesellschaftspolitischer Problemlagen, indem er behauptet, diese seien auf kulturelle Unterschiede und Missverständnisse zurückzuführen und über einen Dialog zu lösen – diesem eingeschriebene Macht- und Herrschaftsverhältnisse meist nicht weiter thematisierend (vgl. Endres 2010). Des Weiteren liegt ihm ein technokratisches Bild von Gesellschaft zugrunde, das Lösungen mittels Verwaltungsreform und indikatorengestütztem Lernen verspricht. Noch gravierender ist allerdings das in seiner Plakativität absichtsvoll naiv gehaltene und irreführende Bild von Vertrauen und sozialem Zusammenhalt (z.B. »most citizens regard diversity as a resource«, Wood 2009: 17). Die von Phil Wood, dem wesentlichen Ideengeber der Initiative, herausgestellten Dimensionen zielen auf das, was Emile Durkheim als ›mechanische Solidarität‹ traditionaler Gemeinschaften beschrieben hat: eine geteilte Weltanschauung bzw. die »Solidarität aus Ähnlichkeiten« (vgl. Durkheim 1992). Wesentliche Voraussetzungen für gelingendes urbanes Zusammenleben, nämlich Distanz und Gleichgültigkeit, werden ausgeblendet. Diese sind auf Mechanismen der Systemintegration und Arbeitsteilung (›organische Solidarität‹) angewiesen, die im interkulturellen Dialog nur gestreift werden.¹⁰ Damit müssen auch die vielen Projekte und Initiativen, die in dem Netzwerk präsentiert werden, schlussendlich oberfläch-

10 | Die Konzepte der mechanischen und organischen Solidarität sind ausgeführt in Durkheim 1992.

lich bleiben und werden aus sich heraus die unterstellten Integrationsprobleme nicht lösen können.

Eine ähnliche Zielrichtung verfolgte das Netzwerk ›OPENCities‹ (2008-2011), nämlich den »Wettbewerbsvorteil durch Diversität« herauszustellen (vgl. <http://opencities.britishcouncil.org> [Oktober 2011]). Es folgt dem Credo: »Die Fähigkeit einer Stadt, im Laufe der Zeit internationale Bevölkerungsgruppen anzuziehen, ist ein ausschlaggebender Indikator für den langfristigen Erfolg einer Stadt.« (Clark 2010: 8) ›Offenheit‹ bedeutet dabei, »Bedingungen zu schaffen, die eine Stadt für internationale Bevölkerungsgruppen attraktiv machen und es allen Bewohnern ermöglichen, an der erfolgreichen Entwicklung der Stadt mitzuwirken« (ebd.: 10).

Mit dem ›OPENCities Monitor‹ können Städte ihre ›Offenheit‹ anhand einer »Indexfamilie« (ebd.: 15) aus 54 Indikatoren messen und vergleichen. Darunter fallen neben der Bevölkerungsstruktur u.a. auch Angaben zum Themenbereich »Freiheit« sowie zu diversitätsfördernden Maßnahmen der Stadtverwaltung. Bislang liegen Daten für 26 Städte vor, darunter die ehemaligen Kulturhauptstädte Dublin und Madrid.

Bei ihren Unterschieden im Detail sind diese Kampagnen und Initiativen in ihrer Argumentation sehr ähnlich: Sie stellen Kultur und Interkulturalität in den Dienst einer Standortpolitik – als kapitalisierbares Potential zur Einwerbung von Investitionen. Aufbauend auf der These, dass eine vielfältige Gesellschaft eine Stadt attraktiv macht, stellen sie – je nach den mit ihnen verbundenen Budgets und Organisationen – entweder gute Beispiele dafür vor (›Intercultural Cities‹, ›OpenCities‹) oder sie fördern diese selbst (›Kulturhauptstadt Europas‹).

3.1 Ambivalenzen einer (inter-)kulturinstrumentalisierenden Stadtpolitik

Während das Verständnis von Kultur in diesen Initiativen äußerst weit und flexibel gefasst ist, zeigt sich beim Begriff der Interkulturalität eine deutliche und nicht weniger ambivalente Engführung. Er bezieht sich nahezu ausschließlich auf die Herkunft von Menschen und die Annahme, dass deren Vielfalt zur Steigerung von Lebensqualität und vor allem der Produktivität führt. Stadtverwaltungen können, so eine weitere Annahme, dieses Zusammenleben beeinflussen und gestalten. Die Initiativen zur Förderung und Vermarktung einer ›interkulturellen‹ oder ›offenen‹ Stadt führen somit drei kontroverse Argumentationsstränge zusammen:

Mit der These der ›Wettbewerbsfähigkeit durch Vielfalt‹ schließen sie an betriebswirtschaftliche ›Diversity Management‹-Konzepte an sowie an die Überlegungen zur ›kreativen Klasse‹ von Richard Florida (2004 u. 2005). Sie

unterstellen ökonomische Effekte von Diversität und Kultur, meist ohne deren Beweis anzutreten. Dabei arbeiten sie mit der argumentativen Kraft von Indikatorensets (zumeist Variationen über Floridas ›3T's‹: Technologie, Talent, Toleranz) und Ranglisten, deren Variablen oftmals schwammig und schwer zu messen sind. Überdies bilden sie zwar Zusammenhänge zwischen verschiedenen Faktoren ab, bleiben in den Aussagen über Wirkungsverhältnisse aber eher spekulativ (vgl. Pratt 2008).

Die Reduktion des Kulturbegriffs in diesem Interkulturalitätskonzept auf ein herkunftsbegründetes Anderssein konstruiert implizit die binären Kategorien ›Wir‹ und ›die Anderen‹ und legt es damit eher nahe, Stereotype zu stärken als Brücken zu bauen. Yildiz weist darauf hin, dass mit dieser Strategie politische und ökonomische Unterschiede »in ethnisch-kulturelle Differenzen umgedeutet« und damit implizit bestehende Praktiken der Diskriminierung reproduziert werden (Yildiz 2009: 4). Diese Kritik lässt sich ausweiten auf den gesamten hegemonialen, von politischen Institutionen getragenen Diskurs zum ›interkulturellen Dialog‹, in den sich die städtischen Strategien einschreiben (vgl. Endres 2010).

Mit der Vorstellung einer kreativen Stadtverwaltung schließlich, die sich oftmals an die Thesen von Charles Landry (und seinem *Think-Tank ›Comedia‹*) zur ›kreativen Stadt‹ und sein »toolkit for urban innovators« anlehnen (Landry 2000), werden eine Gestaltungsmacht von Stadtverwaltungen sowie deren Flexibilität und Reformfähigkeit suggeriert, die sich mit der Realität in vielen Städten, ihren Planungssystemen und ihren Haushalten, nur schwer in Einklang bringen lassen. Sie blenden auch die inhärente Mehrdeutigkeit urbaner (Verteilungs-)Konflikte (Arbeit, Bildung, aber auch Verkehr, Energie etc.) und die fragmentierten Kompetenzen und Verantwortlichkeiten weitgehend aus.

Bei all dieser Kritik befördern die Kampagnen und die vielen kleinteiligen ›interkulturellen‹ Projekte jedoch durchaus innovatives Verwaltungshandeln und eine Neuvermessung des Verhältnisses zwischen der Stadtverwaltung und der Stadtgesellschaft. Sie können Anstöße liefern, die mittel- wie langfristig zu neuen Kooperationen und Programmen führen. Von zentraler Bedeutung ist dabei die Frage, welche Akteur/-innen in die Programmgestaltung und Umsetzung einbezogen werden, wie weit der Einfluss der nicht an Verwaltung und Politik (und deren Ziele) gebundenen Beteiligten reicht – und wer auch nach Ende des Projekts noch in einer Position ist, die Ideen weiterzutragen und nachhaltig zu verankern.

Yildiz berichtet etwa von der Kölner Kulturhauptstadtbewerbung, die im Jahr 2004 für einige Zeit die Stadt als »weltoffen, mehrsprachig, multireligiös und transnational« inszenierte. Dabei gingen auch die lokalen Medien dazu über, »täglich kulturelle Diversität zu entdecken und zu präsentieren«. Mit dem Scheitern der Bewerbung sei allerdings »der neue Habitus der Stadt als Migrationsstadt« abrupt zusammengebrochen (Yildiz 2009: 8). Hier zeigt sich

in aller Deutlichkeit ein Dilemma der hier angesprochenen Kampagnen: Ausgangspunkt für die Bewerbungen und Strategien ist oftmals nicht die Einsicht, sich interkulturell zu öffnen, sondern die Hoffnung auf Aufmerksamkeit und Investitionen. Bestenfalls können die Kampagnen dann dazu führen, dass sich im Laufe der Umsetzung diese Einsicht einstellt.

4. Ausblick

Die Kulturhauptstadtinitiative wurde in diesem Beitrag diskutiert als Beispiel für die Festivalisierung der Stadtpolitik. Diese auf die Währung der Aufmerksamkeit zielende Strategie geht einher mit einem Umbau des (west-)europäischen Wohlfahrtsstaates, der zuvor weitgehend die Voraussetzung und Infrastruktur für die soziale, ökonomische und räumliche Integration der Großstädte gestellt hatte. Im Zuge dieses Umbaus geht jedoch die systemische Integrationsleistung (Beschäftigung, Wohnen, Bildung) zurück und die sozialräumliche Differenzierung nimmt zu. Das zeitgleich wachsende – und im Rahmen verschiedener europäischer Initiativen kommunizierte – Interesse der Stadtregierungen an Interkulturalität steht beispielhaft für deren Bemühen um neue Integrationsmodi, die die abnehmende Bindungskraft dieser Systeme abmildern sollen. Dabei geht es jedoch nicht um die Kompensation der schwindenden Systemintegration, sondern, so legt die vorliegende Analyse nahe, vielmehr um eine Strategie der Beruhigung angesichts zunehmender Prekarität. Weiterhin kann ›Interkulturalität‹ mit dem Einbau in wachstumsorientierte stadtpolitische Strategien nur auf ihre ökonomisch verwertbaren Bestandteile reduziert werden.

Die in dieser Engführung angelegte Vision eines umfassenden gegenseitigen Vertrauens und Zusammenhalts der Stadtgesellschaft kann der Realität einer zunehmend heterogenen, »superdiversen« (Vertovec 2007) Bevölkerung in den Großstädten nicht gerecht werden. »Für städtisches Leben«, so Häußermann und Siebel, »sind Widersprüche konstitutiv«. »Wenn sie verdrängt werden«, so die Autoren weiter, »wird damit auch die Stadtkultur in ihrem Kern beschädigt« (Häußermann/Siebel 1987: 249). In einer ihrer Interkulturalität und Vielfalt bewussten Stadt, so ließe sich anschließen, werden Widersprüche, Ambivalenzen und Konflikte gerade nicht ausgeblendet, sondern ausgetragen – als Zeichen ihrer Urbanität. Die Kulturhauptstadtinitiative bietet, wenn sie sich von der Indienstnahme des Stadtmarketings löst, einen Raum, dies zu thematisieren. Eine Politik, die eine respektvolle und verlässliche, nicht diskriminierende Infrastruktur für ein friedvolles Zusammenleben bereitstellt, kann sie nicht ersetzen, aber – im Rahmen dieser Thematisierung – fordern.

Literatur

- Boltanski, Luc/Chiapello, Ève (2006): *Der neue Geist des Kapitalismus*: Konstanz.
- Castells, Manuel (1996): *The Rise of the Network Society*. Oxford.
- Clark, Greg (2010): *OPENCities verstehen*. Madrid; online unter <http://opencities.britishcouncil.org> [Oktober 2011].
- Colakoglu, Nuri (2008): *Istanbul 2010 – ECOOC – A multi-layered and multi-faceted project*. Vortrag beim Kongress ›Vielfalt verbindet. Die Künste und der Interkulturelle Dialog in europäischen Städten: Erfahrungen, Konzepte, Perspektiven‹. Dortmund 3.-5. September 2008; online unter <http://www.kulturmacht-europa.de> [Oktober 2011].
- Cooke, Philip/Morgan, Kevin (1997): *The Associational Economy – Firms, Regions, and Innovation*. Oxford.
- Dangschat, Jens (1995): ›Stadt‹ als Ort und als Ursache von Armut und sozialer Ausgrenzung. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte B* 31-32, S. 50-62.
- Deutscher Städtetag (Hg.; 1979): *Hinweise zur Arbeit in Sozialen Brennpunkten*. Reihe D. In: *DST-Beiträge zur Sozialpolitik* 10.
- Dohnanyi, Klaus v. (1983): ›Unternehmen Hamburg‹. Vortrag beim Übersee-Club am 29. November 1983; online unter <http://www.uebersee-club.de/vortrag/vortrag-1983-11-29.pdf> [Oktober 2011].
- Durkheim, Emile (1992): *Über die Teilung der sozialen Arbeit*. Frankfurt a.M.
- Endres, Jürgen (2010): *Das Konzept des ›interkulturellen Dialogs‹ bei Europarat, Europäischer Union und Unesco: eine Bestandsaufnahme*. In: *Staatssekretariat für Bildung und Forschung SBF*. Bern.
- Erkök, Fatma (2009): *An educational experience centering on the theme of Istanbul*. *European Capital of Culture 2010: An attempt at a wider look*. In: *Interdisciplinary Themes Journal* 1.1., S. 19-31; online unter <http://www.interdisciplinarythemes.org/journal/index.php/itj/article/viewFile/42/3> [Oktober 2011].
- Europäische Kommission (1993): *Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung. Herausforderungen der Gegenwart und Wege ins 21. Jahrhundert*. Weißbuch. Luxemburg.
- (2009): *Leitfaden für Bewerbungen als ›Kulturhauptstadt Europas‹*. Brüssel.
- Europäisches Parlament und Rat (2006): *Entscheidung Nr. 1983/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zum Europäischen Jahr des interkulturellen Dialogs (2008)*. In: *Amtsblatt der Europäischen Union L 412/44 v. 30. Dezember*.
- Flora, Peter (1986): *Introduction*. In: Ders. (Hg.): *Growth to Limits*. Vol. 1. Berlin/New York, S. XI-XXXVI.
- Florida, Richard (2004): *The Rise of the Creative Class. And How It's Transforming Work, Leisure and Everyday Life*. New York.
- (2005): *Cities and the Creative Class*. New York.
- Franck, Georg (1998): *Die Ökonomie der Aufmerksamkeit*. München/Wien.

- Freyberg, Thomas v. (1996): Der gespaltene Fortschritt – zur städtischen Modernisierung am Beispiel Frankfurt am Main. Frankfurt a.M.
- Glancey, Jonathan (2003): Merseyside needs the Glasgow effect. In: *The Guardian* v. 27. Mai 2003.
- Hall, Tim/Hubbard, Phil (Hg.; 1998): *The Entrepreneurial City*. Chichester/New York.
- Harvey, David (1989): From Managerialism to Entrepreneurialism: The Transformation of Urban Governance in Late Capitalism. In: *Geografiska Annaler: Series B – Human Geography* 71, H. 1, S. 3-17.
- Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter (1987): *Neue Urbanität*. Frankfurt a.M.
- Heimböckel, Dieter (2010): ›Terminologie für gutes Gewissen?‹ Interkulturalität und der neue Geist des Kapitalismus. In: Ders. u.a. (2010): *Zwischen Provokation und Usurpation. Interkulturalität als (un-)vollendetes Projekt der Literatur- und Sprachwissenschaften*. München, S. 41-52.
- Hess, Henner/Mechler, Achim (1973): *Ghetto ohne Mauern – ein Bericht aus der Unterschicht*. Frankfurt a.M.
- Intercultural Cities (2008): *Interculturality – What is it about?*; online unter www.coe.int/interculturalcities [Oktober 2011].
- (2011): *Duisburg: Results of the Intercultural Cities Index*; online unter http://www.coe.int/t/dg4/cultureheritage/culture/Cities/Index/Duisburg_en.pdf [Oktober 2011].
- Kronawitter, Georg (Hg.; 1994): *Rettet unsere Städte jetzt! Das Manifest der Oberbürgermeister*. Düsseldorf u.a.
- Landry, Charles (2000): *The Creative City – A toolkit for urban innovators*. London.
- Lundin, Rolf A./Söderholm, Anders (1998): *Conceptualizing a Projectified Society – Discussion of an Eco-Institutional Approach to a Theory on Temporary Organizations*. In: Lundin, Rolf A./Midler, Christophe (Hg.): *Projects as Arenas for Renewal and Learning Processes*. Boston/Dordrecht/London, S. 13-23.
- Marcuse, Peter (1989): ›Dual City‹ – a muddy metaphor for a quartered city. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 13, H. 4, S. 697-708.
- McCarthy, John (1998): *Dublin's Temple Bar – a case study of culture-led regeneration*. In: *European Planning Studies* 6, H. 3, S. 271-281.
- Mittag, Jürgen (2008): *Die Idee der Kulturhauptstadt Europas – vom Instrument europäischer Identitätsstiftung zum tourismusträchtigen Publikumsmagneten*. In: Ders. (Hg.): *Die Idee der Kulturhauptstadt Europas. Anfänge, Ausgestaltung und Auswirkungen europäischer Kulturpolitik*. Essen, S. 55-96.
- Mooney, Gerry (2004): *Cultural Policy as Urban Transformation? Critical Reflections on Glasgow, European City of Culture 1990*. In: *Local Economy* 19, H. 4 (November), S. 327-340.
- Oerters, Monika (2008): *Die finanzielle Dimension der europäischen Kulturhauptstadt – Von der Kulturförderung zur Förderung durch Kultur*. In: Jürgen Mittag (Hg.): *Die Idee der Kulturhauptstadt Europas – Anfänge, Ausgestaltung und Auswirkungen europäischer Kulturpolitik*. Essen, S. 97-124.

- Pierson, Paul (2001): Coping with Permanent Austerity: Welfare State Restructuring in Affluent Democracies. In: Ders. (Hg.): *The New Politics of the Welfare State*. Oxford, S. 411-456.
- Pratt, Andy C. (2008): Creative cities: the cultural industries and the creative class. In: *Geografiska Annaler: Series B – Human geography* 90, H. 2, S. 107-117.
- Prisching, Manfred (2009): Die Kulturhauptstadt als Groß-Event. Vortrag bei der DGS-Regionalkonferenz 2009. 28.-30. September 2009; online unter <http://www.sozioologie.de> [Oktober 2011].
- Richards, Greg (2000): The European Cultural Capital Event: Strategic Weapon in the Cultural Arms Race? In: *Journal of Cultural Policy* 6, H. 2, S. 159-181.
- Schwencke, Olaf (2005): Kulturhauptstädte Europas. Die Zukunft der Stadt als europäische Lebensform. In: *Kulturpolitische Mitteilungen IV*, S. 37f.
- Sennett, Richard (1998): *Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus*. Berlin.
- Sievers, Norbert (2009): Kulturmetropole Ruhr – Kulturpolitik als regionale Strukturpolitik. In: *Kulturpolitische Mitteilungen* 4, H. 127, S. 40-41.
- Sulzer, Jörg (2006): Interdisziplinäre Beiträge zur Stadtrevitalisierung. In: Ders. (Hg.): *Revitalisierender Städtebau – Kultur*. Dresden, S. 7-11.
- Thumann, Michael (2010): Gentrifizieren! Das gewinnträchtige Umkrepeln armer Stadtviertel ist keine westeuropäische Spezialität. In: *Die Zeit* v. 11. November 2010, S. 22.
- Vertovec, Steven (2007): Superdiversity and its Implications. In: *Ethnic and Racial Studies* 30, H. 6, S. 1024-1054.
- Voscherau, Henning (1994): Die Großstadt als sozialer Brennpunkt – am Beispiel Hamburg. In: Georg Kronawitter (Hg.): *Rettet unsere Städte jetzt! Das Manifest der Oberbürgermeister*. Düsseldorf u.a., S. 77-106.
- Walsh, David u.a. (2010): Investigating a ›Glasgow Effect‹ – Why do equally deprived UK cities experience different health outcomes? Glasgow.
- Wood, Phil (2009): *Intercultural Cities – Towards a model for intercultural integration*. Insights from Intercultural Cities, joint action of the Council of Europe and the European Commission. Straßburg.
- Yildiz, Erol (2009): Von der Hegemonie zur Diversität – ein neuer Blick auf die Migrationsgesellschaft. In: *dérive – Zeitschrift für Stadtforschung* 37, S. 8-14; online unter [mit geänderten Seitenzahlen] <http://www.eurozine.com/pdf/2009-11-12-yildiz-de.pdf> [Oktober 2011].

